

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 57. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 9. Januar 2014, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)

i. V. von Torge Schmidt

Flemming Meyer (SSW)

i. V. von Lars Harms

Weitere Abgeordnete

Jörn Arp (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vergabeverfahren der Schienenpersonennahverkehrsleistungen im Netz-West Teil 1 (Fahrzeuggestellung 2015 bis 2034)	4
Vorlage des Verkehrsministeriums vertraulicher Umdruck 18/2158 (nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 2 GeschO - Fortsetzung der Beratung vom 13. Dezember 2013)	
2. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2011 bis 2012	5
Drucksache 18/1035	
3. Information/Kennntnisnahme	7
Umdruck 18/2084 - Zinnsicherungsstrategie des Landes	
4. Verschiedenes	8

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Vergabeverfahren der Schienenpersonennahverkehrsleistungen im Netz-
West Teil 1 (Fahrzeugbereitstellung 2015 bis 2034)**

Vorlage des Verkehrsministeriums
vertraulicher [Umdruck 18/2158](#)

(nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 2 GeschO - Fortsetzung der Beratung vom 13. Dezember 2013)

hierzu: [Umdrucke 18/2178](#), [18/2187](#), [18/2188](#), [18/2191](#), 18/2226

Gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 2 GeschO beschließt der Ausschuss, Tagesordnungspunkt 1 nicht öffentlich zu beraten.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 10:10 Uhr.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung wieder um 11:05 Uhr.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim
Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Situation
der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätig-
keit 2011 bis 2012**

[Drucksache 18/1035](#)

Herr Dr. Hase, Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung, appelliert, das Thema Teilhabe von Menschen mit Behinderung bei allen Themen immer mitzudenken, Förderprogramme des Landes für die Umsetzung barrierefreier Maßnahmen zu schaffen, bei allen öffentlichen Investitionen Barrierefreiheit zu verwirklichen und von den Architekten Kompetenzen zum barrierefreien Bauen zu verlangen. In den letzten vier Jahren hätten sich von 3.000 Architekten in Schleswig-Holstein 120 bei der Architektenkammer entsprechend fortgebildet.

Abg. Dr. Garg spricht die Kosten der Eingliederungshilfe an. Durch eine Optimierung der Hilfeplanung müsse man den Kostenanstieg in den Griff bekommen und den Menschen mit Behinderung die Möglichkeit erhalten, ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen. Er wünscht sich, dass der Landesbeauftragte als Mittler auftrete zwischen den berechtigten Anliegen der Finanzpolitik und der Sozialpolitik, um Ängsten und Vorbehalten entgegenzuwirken. Denn nur wenn man die Ausgaben der Eingliederungshilfe in den Griff bekomme, könne man Sozialpolitik in Schleswig-Holstein weiter gestalten.

Herr Dr. Hase äußert, der Landesbeauftragte wolle als Mittler auftreten und sich mehr einmischen. Seine Akzeptanz und Rolle im kommunalen Bereich müsse gestärkt werden, zum Beispiel durch die Vertretung im Gemeinsamen Ausschuss. Der Kostenanstieg in der Eingliederungshilfe hänge wesentlich mit der Zunahme der Fallzahlen zusammen, deren Ursachen man untersuchen und durch entsprechende Angebote begegnen müsse. In der öffentlichen Diskussion dürfe sich nicht das Bild verfestigen, Menschen mit Behinderung - in Schleswig-Holstein immerhin knapp 19 % der Bevölkerung - seien in erster Linie ein Kostenfaktor, sondern sie sollten als wesentlicher Bestandteil der Gesellschaft wertgeschätzt und ihnen die Möglichkeit gegeben werden, gleichberechtigt teilzuhaben und sich einzubringen.

Abg. Dr. Breyer macht deutlich, dass es beim Prüfungsrecht für den Landesrechnungshof darum gehe, dass die von den Anbietern zugesagten Leistungen in der vereinbarten und bestmöglichen Qualität tatsächlich erbracht würden. Er bittet die Landesregierung und den Landesrechnungshof um Stellungnahme zu dem Vorschlag des Landesbeauftragten, bei der Ausschreibung von Bauleistungen des Landes eine besondere Qualifikation im Bereich barrierefreies Bauen vorzuschreiben.

Herr Dopp, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, hat keine Bedenken gegen einen solchen Vorschlag.

Herr Losse-Müller, Staatssekretär im Finanzministerium, weist darauf hin, dass Barrierefreiheit in den Baurichtlinien des Landes festgeschrieben sei. Inwieweit man eine besondere Qualifizierung der Architekten einfordern könne, könne er nicht sagen, zumal ihm ein Zertifikat barrierefreies Bauen nicht bekannt sei. Im Übrigen verstehe die Landesregierung Politik für Menschen mit Behinderung als Querschnittsaufgabe und beziehe Barrierefreiheit auf alle Bereiche, zum Beispiel barrierefreier Haushalt.

Abg. Herdejürgen regt an, gemeinsam mit dem Sozialausschuss und dem Landkreistag das Thema Eingliederungshilfe näher zu beleuchten. - Abg. Dr. Garg schlägt vor, zu dem Gespräch auch die Leiterin der Regionaldirektion Nord einzuladen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 18/2084](#) - Zinssicherungsstrategie des Landes

Der Ausschuss nimmt Umdruck 18/2084 zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Abg. Dr. Breyer bittet darum, den Antrag der PIRATEN **Veruntreuung von Haushaltsgeldern und Verschwendung öffentlicher Mittel bestrafen**, Drucksache 18/1344, im Wege des Selbstbefassungsrechts in der nächsten Finanzausschusssitzung zu behandeln.
- b) Auf eine Frage von Abg. Koch teilt Staatssekretär Losse-Müller mit, die Landesregierung werde den Finanzausschuss Ende Januar 2014 über den **Haushaltsabschluss 2013** unterrichten.
- c) Staatssekretär Losse-Müller teilt mit, dass der **Workshop „Offene Haushaltsdaten“** am 14. Februar 2014 von 9 bis circa 12 Uhr im Finanzministerium stattfindet.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 11:55 Uhr.

gez. Thomas Rother
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer